

Familienpolitik – „Kinderhorte oder Baby-Bonus?“ fragt das AFI und erteilt den Entscheidungsträgern äußerst treffende Anregungen

# Schluss mit Improvisation!

Baby-Bonus oder Kinderhorte? Geld oder Leistung? Viel wichtiger als die Fixierung auf diese Frage erscheint dem Arbeitsförderungsinstitut AFI, **dass Rom und Bozen endlich eine Familienpolitik aus einem Guss betreiben**, anstatt punktuell Maßnahmen zu improvisieren.

**Bozen** – Ein hochinteressantes Thema erörtert das Arbeitsförderungsinstitut AFI in einem seiner jüngsten Newsletter. „Kinderhorte oder Baby-Bonus? Das ist hier die Frage!“ lautet der Titel des Aufsatzes, in dem AFI-Praktikantin Moira Mastrone in Zusammenarbeit mit AFI-Forscherin Silvia Vogliotti Italiens und Südtirols Familienpolitik analysieren. Soll die öffentliche Hand mehr in Kinderbetreuungsplätze investieren oder die Familien stärker direkt subventionieren? Es handelt sich um ein grundlegendes Thema, das volkswirtschaftlich bedeutender ist, als es auf den ersten Blick zu sein scheint. Eine höhere Geburtenrate einerseits und eine höhere Frauenerwerbsquote andererseits helfen, die Zukunft der Rentenkassen zu sichern, Altersarmut vorzubeugen und der Wirtschaft übermorgen die notwendigen Arbeitskräfte zu sichern.

Gleich vorweg: Italien investiert im Vergleich zu anderen europäischen Ländern wenig öffentliche Ressourcen in die erste Lebensphase der Kinder, egal, ob es sich nun um direkte Geldzuweisungen an die Familien oder um Dienstleistungen für die Kleinkindbetreuung handelt. In Sachen Betreuungsdienste schrumpft das Angebot in den meisten italienischen Gemeinden sogar anstatt zu steigen, wohl auf-



grund klammer Gemeindekassen. Nur 9,6 Prozent aller Kinder bis zu drei Jahren beanspruchen in Italien laut Istat einen Platz im Gemeindekinderhort – dabei ist der Deckungsgrad in den nördlichen Regionen eindeutig höher als in den südlichen. Südtirol steht mit einem Deckungsgrad von 4,3 Prozent an viertletzter Stelle im italienischen Vergleich. Ist Südtirol so schlecht? Laut AFI ist zu berücksichtigen, dass hierzulande neben den Gemeindekinderhor-

ten noch andere Betreuungsmöglichkeiten angeboten werden, etwa Tagesmütterdienste, Kindertagesstätten und Betriebskinderhorte. Insgesamt betrug der Deckungsgrad 2012 19,6 Prozent – Tendenz steigend.

Das AFI hält fest, dass hochwertige Kleinkind-Betreuungsdienste nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen, sondern zudem die Entwicklung der Kinder fördern. Studien von Nobelpreisträger James Heck-

mann und von anderen Autoren belegen demnach eine positive Korrelation zwischen dem Besuch eines Kinderhortes und den späteren schulischen Leistungen. „Im Übrigen muss endlich der Mythos entzaubert werden, dass eine hohe Frauenerwerbsquote der Geburtenrate schadet. Das Gegenteil ist der Fall: Es werden dort mehr Kinder geboren, wo die Frauenbeschäftigung höher ist“, so Vogliotti.

Derweil setzt Italien auf direkte Geldleistungen an die Familien. Immer wieder wurden in den vergangenen Jahren Stützmaßnahmen für die Familien beschlossen, mit dem Ziel, die Geburtenrate zu stärken – allerdings ohne Erfolg. Der sogenannte Baby-Bonus im jüngsten Stabilitätsgesetz ist die neueste Maßnahme: 80 Euro pro Monat gibt es für jedes Kind, das zwischen 2015 und 2017 geboren oder adoptiert wird, und zwar bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres – vorausgesetzt, das Jahreseinkommen der Eltern beträgt maximal 25.000 Euro. Hierzulande gibt es parallel zu den staatlichen Geldleistungen ein eigenes Familiengeld von Land und Region.

Für das AFI steht fest: Sowohl Kinderbetreuungsdienste als auch direkte Geldleistungen haben ihre Berechtigung. Es brauche im Sinne der Wahlfreiheit für die Familien beides, und zwar von beidem mehr! Wichtig sei

aber, dass die Politik endlich eine koordinierte Familienpolitik betreibe. Derzeit – so das AFI – agiere die Politik zu stark mit punktuellen, improvisierten und untereinander nicht abgestimmten Maßnahmen, von Steuerabsetzbeiträgen über Geldleistungen bis hin zu Dienstleistungen. „In Italien folgen Regierung um Regierung, Notlage um Notlage und setzen immer wieder einzelne Puzzle-Teile aufeinander, die nicht richtig passen und auch kein einheitliches Bild ergeben“, so Mastrone und Vogliotti. Der Baby-Bonus sei das jüngste Beispiel. Der Blick gelte vermutlich immer eher der nächsten Wahl als einem mittel- und langfristigen Ziel. „Dementsprechend haben die ergriffenen Einzelmaßnahmen auch keine großen Änderungen herbeigeführt“, lautet das vernichtende, aber durchaus treffende Urteil der beiden Autorinnen. Zu allem Überfluss fehle auch noch die Koordination zwischen Staats- und Landesmaßnahmen, mit Überschneidungen als Folge: „Im Prinzip müsste es dem Staat obliegen, die

**Überschneidungen zwischen Staat und Land** Basisleistungen in Sachen Familienpolitik bereitzustellen, und die Leistungen auf Regionen- bzw. Provinzebene sollten ergänzend dazu wirken. In Südtirol beobachtet man allerdings das umgekehrte Phänomen mit dem Risiko, dass die vom Land oder von der Region eingeführten Leistungen schließlich in die Berechnung des ISEE-Einkommens für den Baby-Bonus einfließen. Dies führt zu einem Paradox und zu einem Nachteil für einige Südtiroler Familien.“ Die Familien tun sich schwer, in der großen Konfusion den Überblick zu bewahren, welche Leistungen es überhaupt gibt, ergänzt Vogliotti auf SWZ-Anfrage.

Abschließend schreibt das AFI: „Es bedarf einer expliziten Familienpolitik mit abgestimmten Maßnahmen und mittel-langfristigen Planungen, sowie einer späteren Überprüfung der ergriffenen Maßnahmen, um die Wirkung der einzelnen Maßnahmen zu analysieren, aber auch um aus den Erfahrungen zu lernen.“ Wie wahr! (cp)